

„Wähler*innen fragen – Kandidat*innen antworten“



ANTWORTEN Dr. Christian Lehr (Freie Wähler)

Thema Gesellschaftlicher Zusammenhalt

*Wir beobachten mit Sorge, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt leidet, viele Menschen sich auf ihre eigenen Interessen konzentrieren, das Engagement für das Gemeinwesen sowie die Solidarität mit schwächeren Bevölkerungsgruppen abnimmt. Viele Menschen sehen politische Entscheidungsträger*innen in einer großen Distanz zu ihrer eigenen Lebenswirklichkeit. Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland nimmt stark ab.*

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dazu beitragen, dass der soziale und gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wird?

Als Freie Wähler setze ich mich für echten sozialen Zusammenhalt ein, nah an den Bürgern, mit gesundem Menschenverstand. Wir sind keine Berufspolitiker, sondern Angestellte oder Arbeitgeber, die wie unsere Vorfahren nach dem schrecklichen Krieg Verantwortung übernommen haben und das Land zu dem gemacht haben, was wir alle so schätzen. Inzwischen fühlen wir uns von der Regierung nicht mehr repräsentiert, die durch Lobbyismus und ihre Politikblase den Bezug zur Bevölkerung verloren hat.

Genau deshalb bin ich in die Politik gegangen, um Gehör zu finden. Wir stärken die Demokratie durch kommunale Verwurzelung, pragmatische Lösungen und direkte Bürgerbeteiligung (z. B. Volksabstimmungen). Mein Fokus liegt auf bezahlbarem Wohnen, stabilen Renten, einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung, der Stärkung des Mittelstands durch Steuerreduktionen und Freibeträge, dem Abbau unnötiger Gesetze sowie der Entlastung der Kommunen. Ziel ist es, lebendige Ortsgemeinschaften zu erhalten und zu stärken, ehrenamtliche Tätigkeiten wertzuschätzen und zu unterstützen, denn dort entsteht der gesellschaftliche Zusammenhalt, das Miteinander.

Gemeinsam schaffen wir eine starke Basis für eine gerechte Zukunft, indem Politiker wieder die Bürger repräsentieren (z. B. durch ein Lobbyismusverbot für Politiker).

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dazu beitragen, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie wieder zunimmt?

Ich stehe für eine bürgernahe Politik, die Demokratie wieder greifbar macht! Durch mehr direkte Mitbestimmung, wie Volksabstimmungen und eine Herabsetzung der Hürden hierfür, stärken wir das Vertrauen der Bürger in politische Entscheidungen. Zudem setze ich auf Aufklärung und Transparenz; sachorientierte Themenpolitik statt Polemik. In Berlin sollen die Abgeordneten nicht ihr Mandat absitzen, sondern vor Ort zuhören und eine echte Redekultur wieder erlernen! Ich kann mir die freien Sitze im Bundestag bei den Übertragungen nicht mehr ansehen.

Für die Bürger benötigen wir eine deutliche Entbürokratisierung und den Abbau der Gesetzeslast, damit politische Prozesse nachvollziehbar und effizient werden. Ich höre zu, packe die Probleme vor Ort an und gestalte schon immer Lösungen mit, die den Menschen wirklich helfen; pragmatisch, ehrlich und frei von Ideologien. Auch wenn es manchmal nicht die beste Lösung aus meiner Sicht ist, muss ich in einer Demokratie

diskutieren und gegebenenfalls einen Weg einschlagen, der den größten Konsens erreicht. Das haben unsere aktuellen Politiker leider nie gelernt. Es geht nicht darum, nur Mehrheiten durchzusetzen, sondern eine größtmögliche Zufriedenheit mit der Entscheidung in der Bevölkerung zu erreichen. Daher nicht immer mit dem Kopf durch die Wand. Nur so kann die Zufriedenheit mit der Demokratie wieder wachsen.

Welche Vorschläge haben Sie, um die Kommunen in der praktischen Umsetzung bundespolitischer Beschlüssen zu unterstützen?

Konnexität auf Bundesebene! Wer bestellt, bezahlt. Ich fordere eine gerechte Finanzierung, damit Aufgaben nicht zu finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen führen. Gesetzes- und Bürokratieabbau sind hier zentral; durch klare, einfache Regelungen schaffen wir Effizienz. Zudem stärke ich das kommunale Mitspracherecht, damit Beschlüsse praxistauglich sind. Förderprogramme müssen leichter zugänglich werden, ohne komplizierte Anträge.

Auch die Steuerlast der Kommunen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene muss abgebaut werden. Dafür muss die Steuerverschwendung für oft ideologische Vorhaben oder Prestigeprojekte der Politiker eingedämmt werden. So entlasten wir die Kommunen und ermöglichen eine zielgerichtete Umsetzung, die direkt den Menschen zugutekommt.

Thema Finanzierung/Steuern

In demokratischen Gesellschaften sollte das Steuersystem dazu beitragen, soziale Gerechtigkeit zu fördern und die finanziellen Lasten fair zu gestalten. Wir beobachten, dass die Schere zwischen arm und reich in unserem Land immer weiter auseinandergeht. Ärmere Bevölkerungsgruppen werden anteilig deutlich stärker belastet als reiche und sehr reiche Menschen.

Mit welchen finanzpolitischen Maßnahmen wollen Sie eine faire und gerechte Steuerpolitik erreichen?

Eine faire und gerechte Steuerpolitik erfordert ein Umdenken und klare Maßnahmen, um das Vertrauen in das Steuersystem wiederherzustellen. Die etablierten Parteien haben in der Vergangenheit immer wieder Versprechungen gemacht, die nach der Wahl nicht umgesetzt wurden, oft zum Vorteil der politischen Eliten. Das hat mein Vertrauen in ihre Aussagen erschüttert. Deshalb engagiere ich mich jetzt aktiv in einer Partei, in der ich mit allen auf Augenhöhe und per Du korrespondieren kann, das schätze ich sehr.

Wir brauchen dringend einen Wandel, der umgesetzt statt versprochen wird. Meine finanzpolitischen Maßnahmen umfassen Steuerentlastung, die allen zugutekommt:

- Abbau von Steuerverschwendung und unnötiger Bürokratie.
- Entlastung des Mittelstandes und Angleichung oder progressive Besteuerung der Spitzenverdiener
- Abschaffung der Erbschaftsteuer
- Reduktion der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, um die Lebenshaltungskosten zu senken.
- Doppelbesteuerung der Rente ist unethisch und muss gestoppt werden!
- Steuer auf Agrardiesel abschaffen.
- Einführung einer bundesweit einheitlichen und moderaten Grundsteuer.
- 2.000 Euro pro Monat steuerfrei für alle

Außerdem müssen wir das Bürgergeld klar Regeln, denn Arbeit muss sich lohnen und gewollt werden. Nur so schaffen wir ein Klima, in dem Wachstum und Arbeitskraft gefördert werden, was langfristig auch dazu beiträgt, die Kassen trotz geringerer Einnahmen stärker zu füllen.

Wie stehen Sie zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Änderung der Erbschaftssteuer bezüglich der Überbegünstigung von Betriebsvermögen, einen höheren Spitzensteuersatz und der Bekämpfung von internationalen Möglichkeiten zur Steuervermeidung?

Zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer stehe ich kritisch. Statt einer Vermögenssteuer, die vor allem die Mittelständler, Investitionen sowie Sparer belastet, setze ich auf eine gerechtere Steuerpolitik, die auf Effizienz und Zielgenauigkeit abzielt. Wir sollten in erster Linie die Steuerverschwendung und Bürokratie abbauen und die Steuerlast auf alle Einkommensgruppen gerecht verteilen.

Die Erbschaftsteuer muss nicht reformiert, sondern abgeschafft werden. Es ist wichtig, dass Unternehmensnachfolgen nicht durch Steuerlast gefährdet werden und zudem dass man zum Vermögensaufbau des Betriebes dem Staat bereits durch verschiedene Steuern bereits seinen Anteil abgeführt hat.

Ein höherer Spitzensteuersatz ist ein Thema was ich nicht ungern mitgehe: Statt einer Obergrenze beim Spitzensteuersatz sollten alle z.B. nach dem gleichen Steuersatz besteuert werden. Gerechtigkeit bedeutet in diesem Fall, dass jeder nach dem gleichen oder nach einem progressiven Maßstab besteuert wird. So schaffen wir eine faire und transparente Steuerpolitik, die nicht zwischen den Einkommensgruppen unterscheidet, sondern einfach und nachvollziehbar ist. Derzeit haben wir hier einen Lobbyismus geprägten Unterschied in der Gesellschaft zu Gunsten der Spitzenverdiener. Es ist ein ausgewogenes Verhältnis entscheidend, denn hohe Steuersätze dürfen nicht das Wachstum und die Innovationskraft gefährden.

Die Bekämpfung intra- und internationaler Steuerverschwendung und Steuervermeidung ist unerlässlich! Wir müssen sicherstellen, dass Konzerne und wohlhabende Einzelpersonen ihren fairen Anteil zahlen, unabhängig davon, wo sie ihre Gewinne verstecken. Hier braucht es internationale Kooperation und strengere Regelungen, um Steuervermeidung durch Offshore-Strukturen und Gewinnverlagerungen zu verhindern. Zudem müssen Politiker und Planer auf dieser Ebene mehr zur Verantwortung gezogen werden und auch strafbar gemacht werden können.

Thema Klimaschutz

Unser Planet soll bewohnbar bleiben und wir müssen unsere Ressourcen schonen, der Ausstieg aus fossilen Energieträgern ist dazu dringend erforderlich. Die Kosten für Naturkatastrophen, die sich aus dem Klimawandel ergeben, umfassen schon mehrere Hundert Milliarden Euro.

Setzen Sie sich für den weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien ein?

Ich bekenne mich zu erneuerbaren Energien, denn der Wandel ist notwendig und sinnvoll. Doch das Tempo ist entscheidend: Die Bevölkerung und die Wirtschaft müssen in der Lage sein, diesen Wandel zu leisten. Strukturen, Netze und Speicher müssen erst geschaffen werden. Das derzeitige Zielverfahren ist weltfremd und ideologisch geprägt. Deshalb plädiere ich für ein Vorgehen mit Augenmaß sowie Menschen- und Sachverstand, den Bürger mitnehmend!

Ein Gleichgewicht zwischen Umwelt, Tektonik und Geografie muss ebenfalls berücksichtigt werden. Besonders in Baden-Württemberg finde ich die

Freiflächenkonzepte für Windkraft und Photovoltaik nicht sachdienlich und sehe klaren Nachbesserungsbedarf.

Ich stehe zudem kritisch gegenüber Forderungen, die Atomkraft wieder hochzufahren. Zwar ist offensichtlich, dass wir aktuell Strom aus dem Ausland zukaufen müssen, der teils aus Atom- und Kohlekraft stammt; ein Umstand, den die Entscheider offenbar unterschätzt oder nicht bedacht haben, das ist das Problem von Berufspolitiker 😊. Dennoch halte ich es für kontraproduktiv, alle vier Jahre Kraftwerke hoch- oder wieder herunterzufahren, abhängig vom Wahlausgang der Bundesregierung. Der Prozess der Energiegewinnung und die volle Auslastung eines Kraftwerks dauern oft über acht Jahre, und viele der abgeschalteten Atom- und Kohlekraftwerke waren damals schon veraltet und sicherheitstechnisch bedenklich. Daher sollten die Investitionen in Speicher, Netze und alternative Energieverfahren wie Biogas sinnvoller eingesetzt werden. Ein gut durchdachter Ausbau erneuerbarer Energien ist der nachhaltigere und effizientere Weg!

Was sind aus Ihrer Sicht die vordringlichen Schritte für diese Transformation?

Durch klare, pragmatische Schritte schaffen wir eine nachhaltige und gleichzeitig realistische Grundlage für die Energiewende, mit Augenmaß, Sachverstand und der Unterstützung der Bevölkerung umso schneller desto besser, aber ohne genaue Zeitvorgabe. Freiwilligkeit und Akzeptanz durch Aufklärung nicht durch Zwang!

- Infrastruktur ausbauen: Vorrangig müssen Stromnetze modernisiert und Speichertechnologien weiterentwickelt werden, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Ohne diese Basis bleibt der Ausbau erneuerbarer Energien ineffizient.
- Planungsverfahren: Genehmigungsverfahren für Projekte müssen transparent und bürgernah gestaltet werden und dürfen sich nicht über Jahre hinziehen.
- Technologische Vielfalt fördern: Neben Wind- und Solarenergie sollten auch Biogas, Geothermie und innovative Technologien wie Wasserstoff stärker gefördert werden, um die Energiequellen zu diversifizieren.
- Bezahlbarkeit sicherstellen: Maßnahmen müssen sozialverträglich sein. Die Kosten für Verbraucher und Unternehmen dürfen nicht explodieren, damit die Akzeptanz erhalten bleibt.
- Regionale Gegebenheiten berücksichtigen: Die Ausbauziele müssen sich an den geografischen, tektonischen und umweltbezogenen Gegebenheiten orientieren, anstatt auf pauschale Vorgaben zu setzen. Es empfiehlt sich hier besonders auf Überbauung von Parkflächen und Dächern zu setzen, als reine Landschaftsbilder mit Freiflächen-PV Anlagen in ihrer Nutzbarkeit zu beschränken. Für die Landwirtschaft setze ich auf Agri-PV, nur muss diese auch für die Landwirte planerisch und kostentechnisch umsetzbar sein.
- Forschung und Innovation stärken: Investitionen in Forschung zu Speichertechnologien, Effizienzsteigerung und neuen Energieformen sind essenziell für eine langfristig erfolgreiche Transformation.

Wie bewerten Sie die Zukunft des individuellen Autoverkehrs, des Bahnnetzes und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs? Setzen Sie sich dafür ein, dass das Deutschlandticket ab 2026 dauerhaft unter 50 Euro kostet?

Die Zukunft des Verkehrs muss ausgewogen gestaltet werden, um den individuellen Autoverkehr, das Bahnnetz und den öffentlichen Nahverkehr gleichermaßen zu stärken. Autos werden auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, insbesondere in ländlichen Regionen. Wir müssen jedoch den Verkehrsfluss verbessern, beispielsweise durch den Ausbau von Umgehungsstraßen und die Einführung intelligenter Verkehrssteuerung. Gleichzeitig sollten alternative Antriebe wie E-Fuels oder Wasserstoff verstärkt gefördert werden, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

Ein flächendeckender, zuverlässiger und moderner öffentlicher Nahverkehr sowie ein leistungsfähiges Bahnnetz sind essenziell, um Pendler und Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen. Dafür sind Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung erforderlich, besonders im ländlichen Gebieten, wo das Angebot unzureichend ist. In diesem Zusammenhang setze ich mich dafür ein, dass das Deutschlandticket ab 2026 dauerhaft unter 50 Euro kostet. Es ist ein wichtiges Instrument, um den Umstieg auf den ÖPNV zu erleichtern und damit die Straßen zu entlasten. Eine sozial gerechte Finanzierung muss durch den Bund und die Länder sichergestellt werden.

Ein weiterer entscheidender Faktor ist die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf Schiene und Wasserwege. Der LKW-Verkehr trägt erheblich zu Staus, Luftverschmutzung und Straßenschäden bei. Deshalb sind Investitionen in Güterbahnhöfe, Hafeninfrastruktur und eine effiziente Vernetzung notwendig. Gleichzeitig muss die Instandhaltung von Straßen effizienter geplant werden, um ständige Baustellen und damit verbundene Staus zu vermeiden.

Thema Wirtschaft/Fachkräftemangel

Industrie und Wirtschaft, Handwerk, Verwaltung und Dienstleistungsbetriebe beschreiben eine Entwicklung mit einem bedrohlichem Fachkräftemangel, der ohne Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte nicht zu bewältigen sein wird. Zusätzlich ist der Arbeitsmarkt im Dreiländereck bei sozialen Berufen der starken (Lohn-)Konkurrenz aus der Schweiz ausgesetzt.

Mit welchen Vorschlägen und Maßnahmen wollen Sie die hierzu benötigte Infrastruktur stärken?

Der Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit, und im Dreiländereck spüren wir die Auswirkungen besonders stark; sei es durch die Konkurrenz der Schweiz oder durch den generellen Bedarf an Arbeitskräften in Industrie, Handwerk, Verwaltung und Dienstleistungsbetrieben.

Als wichtigste Maßnahme muss sich Arbeit lohnen, Steuerentlastung für alle Bereiche (Angestellte und Arbeitgeber), um Wachstum von Firmen ebenso wie Anstellung zu fördern. Zudem muss Arbeit wertgeschätzt werden, das gilt für die Bereiche: Lohn, Arbeitszeit, Freizeitausgleich, Einhaltung von Arbeitszeitgesetz und -schutz, Arbeitsbedingungen und Steuerlast. Arbeitsfähige wie Arbeitsunwillige müssen spüren, dass sich Sozialleistungen im Verhältnis nicht gleich belaufen. Somit liegt hier die Verantwortung bei Arbeitgebern und beim Staat.

Derzeit wird sich das Problem in vielen Bereichen nicht ohne die gezielte Zuwanderung ausländischer Fachkräfte lösen lassen, doch das allein reicht nicht aus. Ich setze auch hier auf einen ausgewogenen ganzheitlichen Ansatz, der auf unsere Erfahrung vor Ort, in den Kommunen, aufbaut. Die Herausforderungen haben die Bürger und die Betriebe, nicht die in Berlin zu begegnen. Setzen wir auf eine Stärkung der regionalen Infrastruktur. Das bedeutet Investitionen in bezahlbaren Wohnraum, Kinderbetreuung und Bildungseinrichtungen sowie den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, damit die Region für Fachkräfte und ihre Familien attraktiver wird. Gleichzeitig ist es entscheidend, die Attraktivität des Standorts „Dreiländereck“ zu erhöhen. Klar sind hier bessere Löhne oder tarifübersteigende Bezahlung ein Anreiz, der aber nicht von jedem Betrieb bei der derzeitigen Wirtschaftslage, Inflation, Energiekosten, Steuerabgaben mitgegangen werden kann. Daher ist Wertschätzung der Angestellten durch zusätzliche Freizeit oder Integration in Entscheidungsprozesse oder Firmenprestige vielleicht ein Schlüssel. Auch hier ist eine Entbürokratisierung erforderlich, um eine gezielte Unterstützung regionaler Unternehmen zu ermöglichen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Förderung von Ausbildung und Weiterbildung. Ich setze auf staatliche Lohnbeteiligung bei Auszubildenden in klein- und mittelständischen Unternehmen mit z.B.: 250€/Monat, zudem enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Betrieben und Hochschulen, um praxisnahe duale Ausbildung zu schaffen. Auch Umschulungen und Weiterbildungen sollen gefördert werden, um Quereinsteigern und älteren Arbeitnehmern neue Chancen zu bieten. Das duale Ausbildungssystem, das Deutschland stark gemacht hat, muss jedoch ebenso für Zuwanderer zugänglich und attraktiv gestaltet werden.

Die Zuwanderungspolitik muss dabei klarer und unbürokratischer werden und darf die Integration, das ist Arbeit, nicht behindern. Sprachkurse und Integrationsprogramme, um Migranten schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren, dürfen nicht wie derzeit die Kommunen alleine belasten. Die Kommunen benötigen gezielte Fördermittel, um die Integration vor Ort zu gestalten.

Könnten Willkommenszentren wie z.B. in Kanada ein Modell für uns sein, in denen Einwanderungswillige beraten werden zu Themen wie Arbeitserlaubnis, Anerkennung/Nachbesserung von Abschlüssen, erleichterte Arbeitsaufnahme, Möglichkeiten der Einbürgerung, ...

Willkommenszentren könnten natürlich auch bei uns ein Modell sein, um Zuwanderung effizient und strukturiert zu gestalten. Aber ich denke, der Ansatz sollte anders geregelt werden!

Ein wichtiger Aspekt von mir ist, dass die Einwilligung zur Einreise oder die Antragsstellung für Asyl nicht mehr im Zielland erfolgt, sondern nur an sicheren Stellen im Herkunftsland oder Nachbarland mit gültigem Ausweis gestellt werden kann. Mit diesem Ansatz könnten Schlepperei, gefährliche Fluchtrouten und die Kriminalisierung von Schutzsuchenden deutlich reduziert werden. Zudem gäbe es keine illegalen Doppeleinreisen ohne Papiere, über Visum oder mehrfach Einreisen derselben, bereits abgeschobenen, Person mehr. Menschen, die nach Schutz suchen oder als Fachkräfte nach Deutschland kommen möchten, hätten so die Möglichkeit, unter sicheren und legalen Bedingungen ihre Anliegen zu regeln und hergeholt zu werden. Dies würde die Humanität und Effizienz der Verfahren erhöhen und zugleich die Kommunen entlasten. Zudem die immensen Kosten der Abschiebung unterschreiten bei gezielter Zureise.

Diese Integrationssuchenden würden dann nach Einreise und bereits erhaltenen Asylantrag in diesen Zentren nicht mehr selektioniert, sondern umfassend zu Themen wie Arbeitserlaubnis, Anerkennung von Abschlüssen, Nachqualifizierungen, erleichterte Arbeitsaufnahme und Einbürgerung beraten werden. Die Bündelung solcher Dienstleistungen würde Bürokratie abbauen, Prozesse beschleunigen und die Integration von Anfang an erleichtern.

Ein Punkt, der oft außer Acht gelassen wird, ist, dass die Qualität der Ausbildung und der Bildungsstand je nach Herkunftsland stark variieren. Um die Anforderungen unseres Arbeitsmarktes zu erfüllen, ist es oft notwendig, Nachqualifizierungen oder ergänzende Ausbildungen anzubieten. Willkommenszentren müssten dann individuell beraten und koordinieren, um eine schnellere und nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Besonders im Dreiländereck, wo die Konkurrenz aus der Schweiz den Fachkräftemangel verschärft, könnten solche Maßnahmen dazu beitragen, den Standort attraktiver zu gestalten.

Solche Zentren wären dann auch zur guten Koordination und Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Kommunen und Bildungseinrichtungen da, um Angebote passgenau auf regionale Bedarfe abzustimmen. Mit einem pragmatischen Ansatz könnten wir nicht nur

die Zuwanderung effizienter gestalten, sondern auch einen Beitrag zur Lösung globaler Herausforderungen leisten. Diesen Ansatz, den wir FREIE WÄHLER als zukunftsorientiert und notwendig sehen, lese ich bei keiner anderen Partei. Zuwanderung, Integration und Fachkräftegewinnung würden wir auf ein neues Niveau heben.

Wie werden Sie sich für attraktive Arbeitsbedingungen im sozialen Bereich im Dreiländereck einsetzen?

Im Dreiländereck stehen wir vor der besonderen Herausforderung, dass der soziale Bereich, insbesondere im Pflege- und Gesundheitssektor, durch die Konkurrenz aus der Schweiz stark unter Druck steht. Um hier attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen und Fachkräfte langfristig zu binden, sind mehrere Maßnahmen notwendig. Ein entscheidender Punkt ist die Verbesserung der Löhne und Arbeitszeiten. Die Schweiz bietet häufig höhere Gehälter, was für viele Fachkräfte ein Anreiz ist, dorthin zu wechseln. Um dem entgegenzuwirken, setze ich mich für eine Erhöhung der Löhne, besonders im sozialen Bereich, ein, die nicht nur mit den benachbarten Ländern vergleichbar ist, sondern auch die hohe Verantwortung und die Belastung der Arbeitskräfte anerkennt. Gleichzeitig muss die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch flexible Arbeitszeiten und Teilzeitmodelle gefördert werden.

Zudem ist eine kontinuierliche Aus- und Weiterbildung unerlässlich, um Fachkräfte langfristig zu halten und weiterzuentwickeln. Diese Kosten sollten jedoch vom Betreiber übernommen werden und nicht wie üblich nur gefordert, aber nicht vergütet werden.

Im Allgemeinen setze ich für unseren Arbeitsmarkt auf eine verstärkte Zusammenarbeit von Betrieben mit Bildungseinrichtungen sowie die Förderung von Fachhochschulen und dualen Studiengängen.

Leider stellt die Bürokratie ein immer wiederkehrendes Problem dar, das uns seit Jahren immer mehr aufgebürdet wird. Eine Reduzierung von Bürokratie und die Abschaffung von unnötigen Gesetzen sind notwendig, damit mehr Freiheit vor Ort entsteht und Entscheidungen besser an die Bedürfnisse angepasst getroffen werden können.

Ein weiterer Punkt ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen: Fachkräfte benötigen nicht nur bessere finanzielle Bedingungen, sondern auch ein respektvolles Arbeitsumfeld, das ihre Leistung wertschätzt.

Digitale Hilfsmittel können die Arbeitsbelastung verringern und die Qualität der Betreuung erhöhen. Leider ist gerade im sozialen Bereich und im Gesundheitssektor durch die fehlenden Wirtschaftsanreize eine katastrophale Struktur geschaffen worden. Diese wird durch Software-Inkompatibilität, unfachliche Funktionalität und überbordende Dokumentationspflichten noch verstärkt. Das führt dazu, dass die Versorgung in ihrer Qualität für alle Beteiligten nicht verbessert, sondern Angestellte frustriert sind.

Mein Herzensthema ist mich in Berlin für Patienten, Ärzte, Pflegekräfte und andere soziale Bereiche einzusetzen, damit eine gute flächendeckende Versorgung auf höchstem Niveau umgesetzt wird. Hier müssen aber unzähligen Unwahrheiten die im Meinungsbild der Bevölkerung durch unsere Medien und Politiker eingebrannt wurden begegnet und aufgeklärt werden wie dies zu erreichen ist, das sprengt hier den Rahmen und ich verweise deshalb sehr gerne auf meinen „KlarText Medizin“ Weblog auf Instagram ([christian.lehr_dr.med](https://www.instagram.com/christian.lehr_dr.med)) und Facebook ([christian.lehr_dr.med](https://www.facebook.com/christian.lehr_dr.med))).

Unterstützen Sie eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15,-€?

Ich unterstütze eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro nicht pauschal, sondern plädiere für eine differenzierte Betrachtung des Themas. Ein Mindestlohn von 15 Euro mag in bestimmten Regionen und für bestimmte Berufsgruppen sinnvoll erscheinen, jedoch müssen dabei auch die regionalen Unterschiede, die Branche und die Auswirkungen auf kleine und mittelständische Unternehmen berücksichtigt werden.

Im Dreiländereck, wo die Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Konkurrenz aus der Schweiz und Frankreich bereits ein Thema ist, könnte eine drastische Erhöhung des Mindestlohns vor allem kleinere Betriebe belasten, die bereits mit den höheren Lebenshaltungskosten und der grenzüberschreitenden Konkurrenz kämpfen. Statt eine allgemeine Erhöhung zu fordern, sollten wir vielmehr nach Lösungen suchen, die auf die tatsächlichen Bedürfnisse der einzelnen Regionen und Branchen abgestimmt sind.

Zudem muss die Frage der Arbeitsmarktfähigkeit und -nachhaltigkeit berücksichtigt werden. Ein zu hoher Mindestlohn könnte in einigen Sektoren dazu führen, dass weniger Arbeitsplätze geschaffen oder bestehende Stellen reduziert werden. Ein zu schneller Anstieg der Löhne könnte auch die Kaufkraft in anderen Bereichen beeinträchtigen, was langfristig zu negativen Folgen führen könnte.

Ich befürworte stattdessen eine gezielte und schrittweise Erhöhung des Mindestlohns, die mit einer umfassenden Analyse der Auswirkungen auf Arbeitsmärkte und Unternehmen verbunden ist. Wichtig ist, dass wir gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region stärken und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass alle Akteure, sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber nachhaltig profitieren können.

Zum Abschluss eine persönliche Frage

Was wird für Sie Ihr wichtigstes Anliegen als Bundestagsabgeordnete oder Bundestagsabgeordneter sein?

Mein wichtigstes Anliegen als Bundestagsabgeordnete wird es sein, eine zukunftsfähige, gerechte und effiziente Politik für die Menschen vor Ort zu gestalten. Transparent, bürgernah, ohne Diskriminierung und Radikalisierung. Besonders wichtig sind mir dabei Themen wie die Rentenpolitik und die Gesundheitsversorgung.

Wir müssen endlich eine nachhaltige und faire Rentenpolitik entwickeln und nicht immer nur darüber reden. Zukünftige Generationen müssen ihre Rente ohne Existenzsorgen genießen können. Unsere Kinder dürfen nicht die Rente tragen, die Steuerverschwendung der aktuellen Regierung schultern und zuletzt ohne eigene Absicherung dastehen. Der demografische Wandel ist seit Jahrzehnten bekannt, aber die Politikerblase in Berlin bringt das jetzt wie die neueste Erkenntnis vor der Wahl auf den Tisch. Ich finde es wichtig, hier ein mehrfaches Säulenkonzept der Rente sicherzustellen, damit gerade Menschen in ländlichen Regionen auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen können. Eigenheim, Aktienrente, private, aber auch stabile staatliche Leistungen. Keine immerwährende Erhöhung des Rentenalters, sondern ein freiwilliger steuerfreier Zuverdienst von 2.000 Euro pro Monat zur Rente und keine Doppelbesteuerung. Auch die ausufernden ungerechten Pensionen von Abgeordneten und Beamten will ich so nicht unkommentiert stehen lassen.

Im Bereich der Gesundheitspolitik ist es mir ein großes Anliegen, die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu sichern und auszubauen. Besonders die Wertschätzung von Ärzten, Pflegekräften, Hilfsberufen, dem Rettungsdienst und anderen Sektoren, die den Menschen und unserer Gesellschaft dienen, sowohl im

stationären als auch im ambulanten Bereich, muss gestärkt werden. Wir brauchen eine gerechtere Verteilung von Gesundheitsressourcen, um sicherzustellen, dass niemand aufgrund seines Wohnorts benachteiligt wird. Das umfasst keine kommunistische Umstrukturierung des Gesundheitswesens oder der Versicherungen; schauen Sie mal in Länder wie Vietnam, Russland, China. Deshalb ist die Bürgerversicherung nach langen Überlegungen keine gute Lösung. Sondern die Beteiligung aller Versicherungsunternehmen (Privat-, Kassen-, Berufsgenossenschaften und Beihilfe) an den Vorhaltekosten! Dadurch würde Geld nicht nur fließen, wenn eine Behandlung erfolgt, und die Ärzte müssten weniger profitorientiert das Patientenkollektiv steuern, um überleben zu können. Zudem muss der Verwaltungsapparat der gesetzlichen KV mit über 168 Versicherungen abgebaut werden, um diese Gelder wirklich in die Versorgung fließen zu lassen. Die Niederlassungsproblematik und der Ärztemangel beruhen nicht auf zu wenigen Ärzten, sondern auf den Arbeitsbedingungen, der Struktur der Kassenärztlichen Vereinigung und dem Finanzierungswesen im Krankenhaus. Die jetzige Reform von Lauterbach wird leider auf eine noch schnellere Zerstörung des Gesundheitswesens hinauslaufen. Es benötigt Konzepte in allen Bereichen, nicht diesen Tunnelblick der aktuellen Regierung.

Neben diesen Themen werde ich mich intensiv mit dem Fachkräftemangel auseinandersetzen. Die Gewinnung von qualifizierten Arbeitskräften aus dem In- und Ausland, gepaart mit der Integration von Migranten, wird entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sein. Zudem möchte ich den ländlichen Raum stärker fördern, sei es durch Investitionen in die Infrastruktur oder durch die Schaffung von attraktiven Arbeitsplätzen.

Aber auch Sicherheit ist ein Thema, das endlich Früchte tragen muss. Jeder will sich frei bewegen können, ohne Angst vor Radikalisierung und extremen Gruppen zu haben. Daher setze ich mich für die Stärkung der Polizei sowohl im Inneren als auch im Äußeren ein, Null-Toleranz gegen Radikalisierung, Abschiebung straffälliger Asylbewerber und zuvor Inhaftierung, um Flucht zu unterbinden. Bei straffälligen Bürgern muss ebenfalls unser Justizsystem in voller Härte zur Anwendung kommen und nicht immer auf eine soziale Entschuldigung gesetzt werden. Klare Einhaltung des Waffengesetzes. Schutz von Bürgern mit Zivilcourage und sozialen Arbeitsbereichen!

Als Abgeordnete der FREIEN WÄHLER bin ich davon überzeugt, dass Politik aus der Praxis heraus gestaltet werden muss, und wir keine weiteren Berufspolitiker und Partei-Marionetten benötigen. Die Bedürfnisse der Menschen vor Ort müssen im Mittelpunkt stehen. Dennoch muss ich für so etwas nicht unethisch oder radikalisiert umsetzen, sondern die Herausforderungen akzeptieren, die Gesellschaft neu zu definieren und Lösungen zu erarbeiten.

Am Ende des Tages zählt die Familie, die Gesundheit und der Zusammenhalt. Stolz auf das zu sein, was man sich aufgebaut hat und auch, was für ein Land wir sind.

Wir bedanken uns sehr herzlich für Ihre Antworten !